

Ein Abschluss für alle Flüchtlinge

Interview: Kasseler Arbeitsgruppe fordert nachholende Schulpflicht für erwachsene Asylbewerber

VON KATJA RUDOLPH

KASSEL. Die überparteiliche Kasseler Arbeitsgruppe Wohlstand und Einwanderung (AG WE) fordert eine nachholende Schulpflicht für erwachsene Flüchtlinge. Wir sprachen mit den beiden Professoren Hermann Heußner (Öffentliches Recht) und Norbert Kruse (Deutschdidaktik) über die Bildung von Flüchtlingen.

Wieso sollten Flüchtlinge zum Schulbesuch verpflichtet werden?

HERMANN HEUSSNER: Bildung ist der Schlüssel zur Integration. Nur wer gut ausgebildet ist, findet einen guten Arbeitsplatz. Das heißt, jeder Flüchtling sollte mindestens einen Haupt- oder Realschulabschluss erreichen und eine Ausbildung machen. Ziel muss eine Qualifizierung auf deutschem Facharbeiter-Niveau sein. Dann können die Flüchtlinge auch den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel abfedern.

Davon sind viele Flüchtlinge weit entfernt.

HEUSSNER: Man muss davon ausgehen, dass die meisten Menschen mehrere Jahre Rückstand gegenüber einer deutschen mittleren Bildung haben. Selbst wer in Syrien neun Jahre zur Schule gegangen ist, hat wahrscheinlich nur den Stand eines deutschen Sechstklässlers oder liegt noch darunter.

NORBERT KRUSE: Allerdings sind viele, die kommen, noch jung. 73 Prozent der Flüchtlinge in Hessen sind unter 30 Jahre alt. Da lohnt es sich nicht nur individuell, sondern auch aus volkswirtschaftlicher Perspektive noch, den Bildungsrückstand aufzuholen.

Wie könnte eine nachholende Schulpflicht konkret aussehen?

KRUSE: In Hessen endet die allgemeine Schulpflicht ja nach neun beziehungsweise zehn Jahren Schulbesuch mit 16 Jahren. Für Flüchtlinge müsste man die Schulpflicht vom Lebensalter entkoppeln. Stattdessen sollte sie sich nach dem individuellen Bildungsstand des jeweiligen Flüchtlings richten.

HEUSSNER: Das bedeutet, es müssen Instrumente entwi-



Büffeln für den Hauptschulabschluss: Um erwachsenen Flüchtlingen einen Abschluss zu ermöglichen, hat die Caritas den spendenfinanzierten Kurs „Meine Chance“ initiiert. Im Bild von links Tajba Fazil aus Afghanistan, Naciima Aadam Ahmed (Somalia), Kursleiterin Elena Sergeeva, Abdikadir Mohamed Ibrahim (Somalia), Yahiya Yasin Kadi (Äthiopien).
Foto: Fischer

ckelt werden, um die vorhandenen Kompetenzen der Person festzustellen und entsprechend nachzuschulen. Wir gehen davon aus, dass ein erwachsener Flüchtling mindestens vier Jahre braucht, um das Niveau eines mittleren Bildungsabschlusses zu erreichen: ein Jahr Deutschkurs und drei Jahre allgemeinbildende Schule. Obendrauf kommen dann drei Jahre Ausbildung.

Wie soll das finanziert werden?

HEUSSNER: Die Kosten pro Einwanderer schätzen wir grob auf 65 000 Euro für vier Jahre, inklusive der Unterstützung für den Lebensunterhalt. Das ist ein „Schnäppchen“, wenn dafür am Ende der Facharbeiter herauskommt. Natürlich reden wir von Milliarden, die in so ein Programm investiert werden müssten. Um das zu finanzieren, könnten die Steuern für Gutverdiener erhöht werden.

Die Frage ist, wie hoch die Bereitschaft der Flüchtlinge ist, noch mal die Schulbank zu drücken. Viele wollen lieber schnell Geld verdienen - auch um die Familie in der Heimat zu unterstützen.

KRUSE: Das gilt es eben zu verhindern. Denn wenn Flüchtlinge sofort in einfache Jobs drängen, treten sie in Konkurrenz zu unseren einheimischen Geringqualifizierten. Dann entstünde ein Verdrängungswettbewerb im Niedriglohnsektor.

So kann Integration nicht funktionieren.

HEUSSNER: Eine nachholende Schulpflicht – und es müsste sich um eine echte Pflicht handeln, nicht etwa nur ein Angebot – würde auch ein starkes Signal in die Herkunftsländer aussenden: Ihr könnt hier kein schnelles Geld verdienen, sondern müsst fünf bis sieben Jahre mit sehr wenig auskommen.

Ist das nicht rechtlich problematisch, einer einzelnen Bevölkerungsgruppe eine solche Sonderschulpflicht vorzuschreiben?

HEUSSNER: Das könnte in der Tat sein. Flüchtlinge dürfen nach der Genfer Konvention nicht schlechter gestellt werden als andere Ausländer. Möglicherweise müsste man die Regel dann für alle Nicht-EU-Ausländer einführen.

Könnte Ihr Vorschlag eine reflexhafte Neidebatte auslösen? Nach dem Motto: Kümmerst euch erst mal um unsere Schulabbrecher.

KRUSE: Das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Bildungsbiografien von Kindern, die hier in der Schule nicht zu recht kommen, sehen ganz anders aus als die von Flüchtlingen. Es gibt in Deutschland einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Aber das ist eine andere Diskussion – die wir parallel natürlich nicht vernachlässigen dürfen.

Sie sind eine lokale Arbeitsgruppe. Eine nachholende Schulpflicht würde aber auf Bundes- und Länderebene entschieden ...

HEUSSNER: Von den Kommunen kann aber die Forderung danach ausgehen. Wenn die Integration nicht gelingt, wird man es in den Städten und Gemeinden spüren, in denen die Flüchtlinge leben. Deshalb braucht es Geld für ein Bildungsprogramm – und das muss von Bund und Ländern kommen.

Zu den Personen

HERMANN HEUSSNER (55) ist Professor für Öffentliches Recht und Recht der Sozialen Arbeit an der Hochschule Osnabrück. Der Jurist hat in Göttingen und den USA studiert. Er lebt mit seiner Frau und drei Kindern in Kassel.



Hermann Heußner

NORBERT KRUSE (61) ist Professor für Deutschdidaktik mit dem Schwerpunkt Grundschule an der Uni Kassel. Zwischen Lehramtsstudium und der Promotion in Erziehungswissenschaften hat er als Grundschullehrer in Hamburg gearbeitet. Kruse ist verheiratet und hat drei Kinder. Die Familie lebt in Kassel. (rud) Fotos: Rudolph



Norbert Kruse

HINTERGRUND

Überparteiliche Arbeitsgruppe

Die Arbeitsgruppe Wohlstand und Einwanderung in Europa (AG WE) wurde 2014 im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament in Kassel gegründet. Aus Sicht der Initiatoren wurden die Themen Asylpolitik und Migration unter negativen Vorzeichen disku-

tiert, statt die Chancen von Zuwanderung für Deutschland und Europa zu thematisieren. Die überparteiliche Initiative, die fünf Mitglieder hat, will zum Thema Migration und Asylpolitik informieren und Strategien, wissenschaftliche Erkenntnisse bündeln und Strategien für eine

neue Einwanderungspolitik entwickeln. Die jüngste Diskussionsveranstaltung der AG WE zum Thema „Integration durch Bildung“ wurde im Offenen Kanal gesendet und kann unter mediathek-hessen.de abgerufen werden. Mehr Infos zur AG unter <http://ankommen-in.de>